

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011
– Drucksache 15/127**

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009; hier: Beitrag Nr. 27 – Haushalts- und Wirtschaftsführung der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 zu Beitrag Nr. 27 – Drucksache 15/127 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten und umzusetzen mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und Effizienz in Forschung und Lehre auf der Grundlage der Empfehlungen des Rechnungshofs nachhaltig zu verbessern;
 2. darauf hinzuwirken, dass die Vorgaben der Lehrverpflichtungsverordnung an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe konsequent umgesetzt werden;
 3. gemeinsam mit dem Vorstand der Pädagogischen Hochschule eine konkrete Perspektive für ihre künftige Entwicklung zu erarbeiten und dabei insbesondere zu prüfen, ob und wie das an der Pädagogischen Hochschule vorhandene didaktische Know-how auch für die Ausbildung von Gymnasiallehrern fruchtbar gemacht werden kann;
 4. dem Landtag über das Veranlasste bis zum 30. Juni 2013 zu berichten.

09. 12. 2011

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

Ausgegeben: 20.01.2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/127 in seiner 7. Sitzung am 9. Dezember 2011.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft trug vor, der Rechnungshof habe 2009 die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe geprüft und dabei einige Stärken und zahlreiche Verbesserungspotenziale festgestellt. Defizite sehe der Rechnungshof in der unausgewogenen Personalstruktur der Hochschule. Auf 60 Professorenstellen kämen 54 Stellen für akademische Mitarbeiter. Weitere Defizite zeigten sich nach Auffassung des Rechnungshofs in der Organisation der Hochschule und in ihrer Forschungsleistung.

Sein besonderes Augenmerk lege der Rechnungshof auf die Perspektiven der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und schlage vor, die Integration der Pädagogischen Hochschule (PH) in das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zu prüfen. Hierzu bitte er (Redner) um eine Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums.

Ein Abgeordneter der Grünen beantragte für die Koalitionsfraktionen, Abschnitt II Ziffer 3 Buchst. b des Beschlussvorschlags des Rechnungshofs (*Anlage*) zu streichen. Zum Hintergrund dieses Begehrens teilte er mit, das KIT und die PH Karlsruhe passten nach Einschätzung von SPD und Grünen nicht in der Weise zusammen, dass ihre Fusion in der Sache zielführend wäre. Dies beziehe sich nicht nur auf die unterschiedliche Ausrichtung von KIT und PH – das KIT sei naturwissenschaftlich und die PH geisteswissenschaftlich orientiert –, sondern insbesondere auch auf das Ranking des KIT. Dieses Institut verfüge über einen guten internationalen Ruf. Bewertung und Renommee des KIT hingen stark mit Drittmitteln, Forschungsergebnissen und Publikationen zusammen. In dieser Hinsicht könne sich die PH von ihrem Grundgefüge her nicht einbringen. Hinzu komme der formale Aspekt, dass es eine Bestandsgarantie für die Pädagogischen Hochschulen im Land gebe.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst erklärte, die Prüfung und die Anregungen durch den Rechnungshof zu Fragen der Effizienz und der Steigerung der Leistungsfähigkeit seien sehr positiv aufgenommen worden. Die PH Karlsruhe habe schon eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um in diese Richtung weiterzudenken.

Ein Dissens zwischen Wissenschaftsministerium und Rechnungshof bestehe hinsichtlich des Vorschlags der Finanzkontrolle, die Pädagogische Hochschule als teilautonome „School of Education“ in das KIT zu integrieren. Sie erachte ein solches Modell grundsätzlich als durchaus diskussionswürdig. Dieses sei jedoch mit sehr starken Implikationen verbunden, sodass es nicht für einen Standort allein vorgesehen werden sollte, schon gar nicht aufgrund von Effizienzproblemen, die sich auf anderem Weg beheben ließen. Vielmehr müsse unter pädagogischen, didaktischen und strukturellen Gesichtspunkten über Lösungen diskutiert werden, die für das Land Baden-Württemberg insgesamt tragfähig seien. Dafür würden grundlegende, konzeptionelle Debatten benötigt. Das Land sollte nicht an einem Einzelstandort mit der Schaffung einer Struktur beginnen, die in der baden-württembergischen Hochschullandschaft bisher nicht vorhanden sei. Deshalb lehne ihr Haus den vom Rechnungshof für Karlsruhe empfohlenen Schritt jetzt ab.

Sie empfinde große Sympathie gegenüber einem von SPD und Grünen unterbreiteten Vorschlag, weiter über eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Gymnasiallehrerbildung nachzudenken. Dieser Vorschlag weise in die richtige Richtung. Dabei seien weitere Reformen nicht ausgeschlossen, doch würden nicht schon Festlegungen getroffen, bevor die notwendige Debatte geführt worden sei.

Ein Vertreter des Rechnungshofs bemerkte, die Leistungsfähigkeit der PH Karlsruhe bleibe deutlich hinter der der Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg, Freiburg, Weingarten und Ludwigsburg zurück. Gleichzeitig sei anhand der betreffenden Zahlen ersichtlich, dass die Pädagogischen Hochschulen langfristig geringere Kapazitäten benötigten als derzeit. Die Standortfrage werde sich eines Tages also wieder stellen.

Die PH Karlsruhe leide etwas darunter, dass sie keine richtige Zukunftsperspektive besitze. Der Zustand, in dem sich diese Hochschule befinde, ermögliche nicht eine dauerhaft gute Entwicklung. Wenn der PH eine gewisse Außenseiterstellung zukomme, behindere dies auch die Qualitätsentwicklung.

Eine naheliegende und einfache Lösung wäre die Schließung der PH Karlsruhe. Ihm sei bewusst, dass ein entsprechender Vorschlag auf größeren Widerstand stoßen würde. Deshalb habe der Rechnungshof über verschiedene andere Möglichkeiten nachgedacht. An dieser Einrichtung werde sehr viel didaktisches Know-how vorgehalten. Insofern bestehe z. B. die Möglichkeit, einen Zusammenhang mit der Gymnasiallehrerbildung herzustellen.

In der Zeit der alten Regierungskoalition sei sich das Wissenschaftsministerium nicht einig gewesen, welche Richtung in Bezug auf die Pädagogischen Hochschulen eingeschlagen werden solle. Diesbezüglich sollte das Ministerium in der neuen Besetzung einmal seine Vorstellungen mitteilen. Daher habe der Rechnungshof den etwas provokanten Vorschlag in die Diskussion eingebracht, die PH Karlsruhe in das KIT zu integrieren. Der Rechnungshof habe dies also nicht als Forderung erhoben. Der angesprochene Vorschlag lehne sich an ein Modell der Technischen Universität München an, das in Fachkreisen als gut bewertet werde. Hierbei gehe es darum, Studierenden, die ein naturwissenschaftliches Studium absolvierten, schon in dieser Zeit didaktisches Know-how zu vermitteln.

Er verstehe nicht ganz, warum den Beteiligten schon die vom Rechnungshof in seinem Beschlussvorschlag empfohlene Prüfung des Vorschlags zu viel sei. Andererseits drängten mit Wissenschaftsministerium, PH Karlsruhe und KIT drei Seiten darauf, Abschnitt II Ziffer 3 Buchst. b des Beschlussvorschlags des Rechnungshofs zu streichen. Wenn der Ausschuss diesem Druck nachgeben wolle, solle er dies tun. Der Rechnungshof habe seinen Vorschlag aus guten Gründen in die Diskussion eingeführt. Es wäre zu begrüßen, wenn der Prozess in Richtung einer Entscheidung weiterginge.

Der Abgeordnete der Grünen betonte, in den Reihen der Regierungsfractionen befänden sich einige, die Erfahrungen im Wissenschaftsbetrieb hätten. Nach der festen Überzeugung von SPD und Grünen sei eine Fusion von KIT und PH Karlsruhe aus den von ihm zuvor genannten Gründen zumindest gegenwärtig nicht sinnvoll. Diese Haltung beruhe auf eigener Überzeugung und nicht auf dem Druck von KIT, PH Karlsruhe und Wissenschaftsministerium.

Ein Abgeordneter der CDU fragte, ob zwischen der PH Karlsruhe und anderen Hochschulen vor Ort alle Kooperationsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Der Vertreter des Rechnungshofs antwortete, es bestünden zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten. Diese würden sicherlich nicht alle ausgenutzt. Pädagogische Hochschulen arbeiteten an einigen Stellen sehr gut mit Fachhochschulen bei der Ausbildung von Ingenieuren zusammen. Ein solches Modell etwa biete eine gute Perspektive. Er verweise beispielsweise auf eine entsprechende Kooperation zwischen der PH Heidelberg und der Hochschule Mannheim.

Die Ministerin brachte vor, bei der Frage nach dem Umbau der Hochschullandschaft und der Zusammenlegung von Strukturen gehe es um Politikgestaltung im engeren Sinn. Insofern sei sie über die Rolle, die der Rechnungshof einnehme, etwas verwundert gewesen.

Wie der Vertreter des Rechnungshofs jetzt erklärt habe, stelle der Vorschlag einer Integration der PH Karlsruhe in das KIT in gewisser Weise eine Provokation dar. Das Ministerium nehme die Anregung aber gern auf und führe die entsprechende Diskussion. Über die Zukunft der Pädagogischen Hochschulen sei angesichts der demografischen Entwicklung zweifellos zu sprechen. Auch über die Zukunft der Lehrerbildung in allen Facetten werde debattiert. Ihr Haus habe die betreffenden Arbeiten aufgenommen. Der Prozess stehe also am Anfang und nicht am Ende.

Die Debatte sei gründlich zu führen, da Entscheidungen in diesem Zusammenhang viele Konsequenzen nach sich zögen. Die Diskussion sollte nicht mit einem Lösungsmodell begonnen werden. Vielmehr sei zunächst aufzunehmen, in welchem Zeitfenster Veränderungen vorgenommen werden müssten, und seien verschiedene Lösungsvarianten zu prüfen. Auch deshalb halte sie es für sinnvoll, sich jetzt nicht festzulegen, sondern den politischen Diskussionsprozess abzuwarten.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft legte dar, aufgrund des guten Rufs des KIT könnte die PH Karlsruhe von einer Integration in diese Einrichtung oder einer Kooperation mit ihr profitieren. In Abschnitt II Ziffer 3 Buchst. b des Beschlussvorschlags des Rechnungshofs gehe es darum, eine Integration zu prüfen, und nicht darum, sie gleich zu beschließen. Daher plädiere er dafür, diesen Punkt nicht zu streichen.

Daraufhin lehnte der Ausschuss Abschnitt II Ziffer 3 Buchst. b des Beschlussvorschlags des Rechnungshofs (*Anlage*) mehrheitlich ab. Dem Beschlussvorschlag im Übrigen wurde einstimmig zugestimmt.

18. 01. 2012

Dr. Reinhard Löffler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2011
Beitrag Nr. 27/Seite 182**

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Drucksache 15/127

**Denkschrift 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
des Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 27 – Haushalts- und Wirtschaftsführung der Pädagogischen
Hochschule Karlsruhe**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 zu Beitrag Nr. 27 – Drucksache 15/127 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten und umzusetzen mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und Effizienz in Forschung und Lehre auf der Grundlage der Empfehlungen des Rechnungshofs nachhaltig zu verbessern;
 2. darauf hinzuwirken, dass die Vorgaben der Lehrverpflichtungsverordnung an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe konsequent umgesetzt werden;
 3. gemeinsam mit dem Vorstand der Pädagogischen Hochschule eine konkrete Perspektive für ihre künftige Entwicklung zu erarbeiten und dabei insbesondere zu prüfen,
 - a) ob und wie das an der Pädagogischen Hochschule vorhandene didaktische Know-how auch für die Ausbildung von Gymnasiallehrern fruchtbar gemacht werden kann und
 - b) ob die Pädagogische Hochschule Karlsruhe als teilautonome „School of Education“ in das Karlsruher Institut für Technologie integriert werden kann;
 4. dem Landtag über das Veranlasste bis zum 30. Juni 2013 zu berichten.

Karlsruhe, 8. September 2011

gez. Max Munding

gez. Andreas Knapp